

Mittwoch, 20. Februar 1918

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe angeführt

2-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Petersburg.

Weiterer Vormarsch im Osten.

Die Reichstagsitzung.

Am Tische des Bundesrats: v. Payer, v. Kühlmann.

In der Diplomatenloge wohnten die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der ukrainischen Regierung den Verhandlungen bei.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung und gedenkt in herzlichen Worten der Goldenen Hochzeit des Königs von Bayern. Er erhält die Ermächtigung, im Namen des Reichstags ein Glückwunsch-Telegramm nach München zu senden.

Staatssekretär v. Kühlmann:

Der Friede mit der Ukraine ist der erste Friedensschluß in diesem gewaltigsten aller Kriege. Gleich nachdem der morsche Bau des Zarismus, der an der Entfesselung des Weltkrieges ein so ungeheures Maß von Schuld trägt, zusammengebrochen war, zeigten sich im Gebiete der Ukraine, die nächst Großrußland eines der stärksten Elemente des früheren russischen Kaiserreiches war, nationale Bestrebungen, die auf eine Stärkung des Stammesbewußtseins abzielten. Als die ukrainischen Abgeordneten in Breslaueritowitsch Klar erlangt hatten, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik trieb, haben sie freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten hergestellt, weil sie in keiner Weise unter den Sünden des Zarismus leiden, sondern aufrichtig den Frieden haben wollten.

Die Verhandlungen mit ihnen waren nicht ganz leicht, denn wie es immer in Zeiten nationalen Aufschwunges der Fall ist, wurden auch hier territoriale Forderungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Wir haben die Abgrenzung nach Großrußland hin einem späteren Zeitpunkt überlassen und uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die Lösung hat vor allem bei den Polen lebhaften Kritik erfahren. Es wäre irrtümlich, anzunehmen, daß wir in Breslaueritowitsch die einschneidende Wichtigkeit dieser Grenzregelung nicht bewußt gewesen wären. Diese Grenze ist von größtem Wert für die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands und sie tangiert in der Donaumonarchie neben den außenpolitischen auch so schwere innerpolitische Interessen. Ministerpräsident v. Seidler hat sich hierüber gestern ausführlich geäußert. Auch ich muß sagen, daß, wenn an dieser Frage der Frieden mit der Ukraine gescheitert wäre, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten seiner Unterhändler nicht nur nicht verstanden, sondern auf das schärfste mißbilligt haben würde. (Sehr richtig!) Daß wir das Interesse an einer gerechten Abgrenzung des Cholmer Gebietes nach Westen hin von Anfang an nicht aus dem Auge verloren haben, ergibt sich schon daraus, daß wir die Grenzziehung im einzelnen der Regelung durch eine Kommission vorbehalten haben.

Neue Verhandlungen mit der Ukraine haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Festlegung der Grenze noch abgeändert werden kann, so daß ethnographische Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden können. In dieser Kommission wird auch Polen vertreten sein, womit im Rahmen des Möglichen alles getan worden ist, um eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. (Sehr richtig!)

Der Streit um die Cholmer Grenze, der besonders infolge des polnischen Widerspruchs entstanden ist, bringt die Gefahr mit sich, daß die Auseinandersetzungen über diesen Friedensvertrag zu einer Erörterung des ganzen polnischen Zukunftsproblems werden. Das erscheint mir aber nicht erwünscht, denn dafür wird später Zeit und Gelegenheit genug vorhanden sein.

Nächst den politischen Erwägungen hat auch die Erwägung zum Abschluß des Vertrages mitgewirkt, daß die Ukraine, wie glaubwürdig angenommen wird, auch jetzt noch nach so langem Kriege über wesentliche Vorräte an Brotgetreide und Futtermitteln verfügt, welche sie zum Teil abzugeben in der Lage ist. Sowohl für uns wie in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie ist die Herstellung eines geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine, der Austausch, der dort vorhandenen Ueberflüsse an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und in Oesterreich vorhandenen Industrieprodukte ein ganz vitales Interesse. Das wird im Einvernehmen mit der ukrainischen Regierung dazu führen, daß Erleichterungen insbesondere des Bahnverkehrs Gegenstand gemeinsamer Maßregeln sein werden.

Die Materie des Vertrages im einzelnen eignet sich besser zu Erörterungen in der Kommission. Das eine glaube ich aber sagen zu können, daß dieser erste Friedensvertrag, der zweifellos für spätere Verträge als Grundlage dienen wird, die Wiederher-

Die Russen konnten keineswegs annehmen, daß der Waffenstillstand bereits sieben Tage nach Abbruch der Verhandlungen ablaufen würde, denn im Waffenstillstandsvertrag war der Abschluß durch den Frieden oder die Kündigung ausdrücklich vorgesehen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Uebrigens scheint auch die Wiener Regierung auf diesem Standpunkte zu stehen. Die alldeutsche Presse freilich dankt Gott jedesmal auf den Knien, wenn wieder einmal Friedensausichten vorüber sind. Bereuen Sie recht, diese Herren liegen vor Gott auf den Knien und danken ihm, daß das Massenmorden weitergeht. (Ungeheurer Lärm auf der Rechten, Rufe: Unrecht!) Ja, das können Sie doch nicht ableugnen, das stand doch in Ihrer Presse, als das Angebot vom Dezember 1916 abgelehnt wurde. Das hat Ihre Presse wiederholt, als der Vorschlag vom 5. Dezember 1917 von den Ententemächten nicht angenommen worden war. Da hieß es, man könne nur auf die englische Besorgtheit rechnen, und als die Entente tatsächlich an den Verhandlungen nicht teilnahm, da hat man wiederum den Dank an Gott wiederholt, daß keine Friedensverhandlungen zustande gekommen sind.

Was die Zustände in Finnland, Estland und Livland anbelangen, so darf nicht vergessen werden, daß dort soziale Revolutionen im Gange sind und keineswegs nur nationale Kämpfe. Die finnländischen Roten Garden sind die vereinigten sozialdemokratischen Parteien Finnlands. Auch in Estland und Finnland liegen die Dinge ähnlich. Etwas anders scheint es sich in der Ukraine zu verhalten. Man soll sich also hüten, in die inneren Verhältnisse des Nachbarlandes einzugreifen. Das könnte nur noch schlimmer machen, was dort ohnehin schon schlimm ist. Man sollte jetzt vor allem dahin streben, die Gegensätze zwischen Großrußland und der Ukraine sowie Estland usw. aus der Welt zu schaffen und ein weiteres militärisches Vordringen, das uns nicht liebster machen wird, unmöglich zu machen.

Was die Entscheidung über das Cholmer Gebiet anbelangt, so hätte man unbedingt die Bevölkerung vorher befragt lassen. Es geht nicht an, daß heute eine Bevölkerung ihre politische Nationalität aus der Zeitung erfährt. Sie muß dabei mitzureden haben. Jetzt gewinnt es fast den Anschein, als ob daraus ein Zusammenbruch der ganzen deutsch-polnischen Verständigungspolitik erwachsen sollte, und als ob die Polen insgesamt in das Lager der Entente abzuweichen wollten. Verfolgt man die gegenwärtige Politik im Osten in ihren Konsequenzen, so könnten daraus leicht Verhältnisse entstehen, die alles noch übertreffen würden, was man auf dem Balkan schaudernd erlebt hat.

Dr. David schließt seine Rede mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß im Osten dauernd geordnete Zustände geschaffen werden können, wenn man wirklich demokratische Methoden verfolge. Jetzt ist es nicht, diese Völker im Osten herbeizuholen und sich mit ihnen zu verständigen, indem man ihnen die Selbständigkeit auf demokratischer Grundlage einräumt. Man darf aber nicht osteuropäische Politik etwa mit osteuropäischen Mitteln betreiben wollen. Nach Dr. David ergreift das Wort der Vertreter der polnischen Fraktion Dr. Seyda.

Abg. Seyda führt aus: Mit lebhaftem Erstaunen haben wir gehört, daß auch der Vertreter des Zentrums dem vorliegenden Friedensvertrage ohne Vorbehalt seine Zustimmung gegeben hat. Sie wissen aus den Zeitungen, welches Echo der Friedensschluß bei den Polen gefunden hat. Sie wissen aber doch nicht alles, was in Warschau, Bemberg und Krakau geschehen ist, weil die Zensur es zur Veröffentlichung verboten hat. Sie wissen nicht, daß die Erregung des polnischen Volkes so groß geworden ist, daß bereits Blut auf den Straßen gelaufen ist.

Nach dem Abg. Seyda, der das Haus bittet, den Friedensvertrag mit der Ukraine abzulehnen, kommt der schriftliche Abgeordnete Dove zum Wort.

Die amtliche Denkschrift.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine, der heute dem Reichstag als Drucksache Nr. 1293 zugegangen ist, enthält außer dem deutschen Text der Verträge eine erläuternde Denkschrift, die besondere Bedeutung für die in dem Zusatzprotokoll behandelten Fragen der konsularischen Beziehungen, der Wiederherstellung der Staatsverträge und Privatrechte, des Erbes der Zivilschäden, des Austausches der Kriegsgefangenen und Internierten, der Fürsorge für Rückwanderer, der Amnestie usw. hat. Darin werden u. a. auch nähere Ausführungen über die außen deutschen Stammes gemacht, die vielfach mit großer Grausamkeit von Haus und Hof vertrieben wurden. Ihrem Schicksal dienen die Bestimmungen der Art. 18 und 19 des Zusatzprotokoll. Die ukrainischen Delegierten haben sich überzeugt, daß das deutsche Eintreten für das Schicksal der wegen ihres Deutschseins verfolgten russischen Angehörigen der Billigkeit entspricht.